

Frau Stadtpräsidentin Schättiger teilt mit, dass ein gemeinsamer Änderungsantrag von BfB und FDP vorliegt. Die FDP hatte sich zuvor dem interfraktionellen Antrag von CDU, SPD, Die Grünen und DIE LINKE angeschlossen. Frau Stadtpräsidentin Schättiger bittet Ratsherrn Ruge um Mitteilung, an welchem Antrag die FDP festhalten wolle. Ratsherr Ruge teilt daraufhin mit, dass sich die FDP-Ratsfraktion für den gemeinsamen Änderungsantrag mit der BfB Ratsfraktion entscheide und somit nicht mehr Teil des interfraktionellen Ursprungsantrages sei.

Ratsherr Radestock bringt den interfraktionellen Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Seib bringt für die Ratsfraktionen von BfB und FDP einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Demnach soll das Wort „Geflüchtete“ in „Ortskräfte und gefährdete Personen“ geändert werden.

Anschließend folgt eine intensive, teils kontroverse Diskussion über die Rolle und Verantwortung der Bundeswehr und Deutschland im Afghanistan-Konflikt, sowie über die möglichen Auswirkungen des Antrages. Frau Stadtpräsidentin Schättiger weist während der Diskussion mehrfach darauf hin, dass die Ratsversammlung Politik für die Stadt Neumünster mache und daher auf bundespolitische Diskussionen zu verzichten sei.

Der Änderungsantrag der Ratsfraktionen von BfB und FDP wird mit 13 zu 19 Stimmen bei 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.